



Mit dem Thema „Förderung der Beschäftigung junger Menschen und sozialer Zusammenhalt in der Europäischen Union“ beschäftigte sich vom 12. bis zum 14. Februar 2015 ein internationales Seminar im spanischen Setúbal, das mit Unterstützung EZAs und der Europäischen Union von CFTL (Centro de Formação e Tempos Livres) ausgerichtet worden war. Das Seminar, an dem zahlreiche junge Menschen teilnahmen, gehörte zu EZAs Seminarreihe zur beruflichen Aus- und Fortbildung mit dem Titel „Die Strategie Europa 2020 und die Situation junger Menschen auf dem europäischen Arbeitsmarkt“.

Bei der ersten Podiumsdiskussion – die von Salvatore Marra (Präsident des EGB-Jugendausschusses) und Mário David Soares (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss) geleitet wurde – kamen eine Reihe relevanter Probleme und Fragestellungen zur Sprache. Die Diskussionen fanden vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise bzw. der hohen Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in Ländern wie Portugal, Spanien und Polen statt.

Als erstes wurde konstatiert, dass die in den zurückliegenden Jahrzehnten eingeführten Reformen des Arbeitsmarktes weder zahlenmäßig mehr noch qualitativ bessere Arbeitsplätze geschaffen haben. Manche Beobachter argumentierten sogar, dass eine Minderheit in unserer Gesellschaft die aktuelle Krise dazu genutzt habe, sich auf Kosten der Mehrheit zu bereichern und dadurch soziale Ungleichheiten zu verschärfen.

Bei einer Analyse der europäischen Jugendgarantie – des EU-Programms zur Integration junger Menschen in den europäischen Arbeitsmarkt – kamen wir zu dem Schluss, dass die betreffende Initiative viele Wünsche offen gelassen und die Erwartungen vieler junger Menschen bitter enttäuscht hat.

Die für diese Initiative bereit gestellten Finanzmittel – insgesamt 6 Mrd. Euro – sind vergleichsweise bescheiden und reichen nicht aus, um eine Herausforderung dieser Größenordnung zu meistern. Andererseits muss man einräumen, dass entsprechende Programme nur eine weithin spürbare Wirkung entfalten können, wenn sie Hand in Hand mit einem europaweiten Wirtschaftsaufschwung bzw. der Schaffung neuer Unternehmen und neuer Arbeitsplätze gehen.

Ebenfalls wurde angemerkt, dass die Ausbreitung von Praktika und Hospitanzen in vielen Ländern nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt hat. Entsprechende Praktika werden nicht immer korrekt eingesetzt und sind oft von geringem Nutzen für die Fortbildung junger Menschen. Beliebt sind sie vor allem bei Politikern, die Interesse an einer künstlichen Senkung der Arbeitslosenquote haben.

Das eigentliche Problem ist die große Zahl junger Menschen, die weder eine Arbeit noch einen Ausbildungsplatz haben und ohne berufliche oder persönliche Entwicklungsperspektiven einer ungewissen Zukunft entgegengehen. Eine der Auswirkungen der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Portugal ist der „demographische

Winter“, der die Folgen niedriger Geburtenraten mit denen einer forcierten Auswanderung gut qualifizierter junger Menschen verbindet. Wenn die Krise eines Tages zu Ende geht, wird Portugal über eine niedrigere Zahl von Einwohnern und hochqualifizierten Arbeitnehmern verfügen. Investitionen in das Erziehungswesen können weitgehend als Verlust abgeschrieben werden. Ohne Arbeit gibt es keine Zukunft für die junge Generation, aber auch keine Renten für die älteren Bürger – dem System der Solidarität zwischen den Generationen könnte eine Zerreißprobe bevorstehen.

Die Programme zur Förderung der Beschäftigung junger Menschen in Europa müssen gestärkt, aber auch neu durchdacht werden. Wenn wir keine neuen Arbeitsplätze schaffen, können sich junge Menschen nicht voll verwirklichen, und die Demokratie selbst könnte im Gefolge eines drastisch nachlassenden sozialen Zusammenhalts dauerhaften Schaden erleiden.

Auch die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung müssen neu überdacht werden. Programme zur Förderung der beruflichen Bildung können nicht universal und einheitlich für ganz Europa umgesetzt werden, sondern sind jeweils den sozialen Realitäten der betreffenden Länder anzupassen.

Bei der zweiten Podiumsdiskussion – die von Margarida Chagas Lopes (Institut für Volks- und Betriebswirtschaft, Technische Universität von Lissabon) und Josef Mozolewski (Gewerkschaft Solidarität, EZA-Vizepräsident) geleitet wurde – erhielten die Teilnehmer des Seminars einen historischen Abriss von Gründung und moderner Entwicklung der Bildungssysteme in Portugal und Polen.

Zu Beginn, so war zu hören, galt Bildung – insbesondere Hochschulbildung – in Portugal als gute Investition. Wirtschaft und Staat boten den Absolventen von Universitäten und berufsbildenden Schulen zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten.

Über die Jahre verfestigte sich der Konsens, dass Investitionen in das Bildungssystem eine Garantie für die Zukunft des Landes und der Gesellschaft darstellten.

In den Jahren um die Jahrtausendwende jedoch schaffte es die portugiesische Wirtschaft weniger und weniger, die gut qualifizierten Nachrücker auf dem Arbeitsmarkt zu absorbieren. Die Produktivität stagnierte, und die Politik reagierte hierauf nicht mit dem erforderlichen Maß an Entschlossenheit und Kohärenz. Im Zuge des Bologna-Prozesses hat sich die Situation weiter verschlechtert, und das Image der Bildung hat in der Wirtschaft wie in der Gesellschaft des Landes gelitten.

Die Krise hat die Situation der Bildungssysteme weiter verschärft, insbesondere im Gefolge der Einführung neoliberaler Politik durch Portugal und die EU. Die Verringerung der öffentlichen Haushaltsdefizite ist mit einem Male die oberste und einzige Priorität, was zur Reduzierung öffentlicher Investitionen und der finanziellen Unterstützung für Studenten geführt hat. Die Zahl der Schulabsolventen – insbesondere im Hochschulbereich – geht zurück, und ein Universitätsabschluss droht, wie vor hundert Jahren, wieder zum Privileg der wohlhabenden Schichten zu werden.

Bildung dient jedoch nicht allein dem Erwerb beruflicher Qualifikationen. Ihr höchster Zweck ist die Entwicklung abgerundeter, ausgewogener Persönlichkeiten, aber auf der Ebene des modernen Sozialstaates hat sie darüber hinaus viele andere Funktionen: im Kampf gegen die Ungleichheit der Geschlechter, Armut und

Intoleranz. Ohne Bildung kann langfristig keine demokratische Gesellschaft existieren.

Die Seminarteilnehmer hatten dann die Gelegenheit, die portugiesischen Erfahrungen mit den Situationsberichten aus anderen Ländern zu vergleichen. Insbesondere die Schilderungen aus Polen dürften vielen Zuhörern vertraut vorgekommen sein – auch dort erlebte der Erziehungssektor zunächst eine Phase schneller Expansion, im Zeichen hoher gesellschaftlicher Wertschätzung und zahlreicher offener Stellen für gut qualifizierte junge Menschen.

In den letzten Jahren jedoch hat sich auch hier der Wind gedreht; die Jugendarbeitslosigkeit in Polen beträgt mittlerweile fast 28 %, und viele junge Menschen suchen in anderen europäischen Ländern nach einer Beschäftigung. Eines der drängendsten Probleme in diesem Zusammenhang ist die Lücke zwischen den Qualifikationen der jungen Menschen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes bzw. zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung. Nach wie vor jedoch sind gut ausgebildete junge Menschen besser gegen Arbeitslosigkeit geschützt, auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Prekarität innerhalb der Gesellschaft.

Arbeitslosigkeit und Auswanderung haben in Polen beängstigende Dimensionen angenommen. 200.000 junge Menschen im Alter von bis zu 25 Jahren suchen vergeblich nach Arbeit in Polen, 400.000 im Alter zwischen 25 und 36 Jahren und 1.5 Millionen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren. Da erscheint es wenig verwunderlich, dass ein großer Anteil der ausgewanderten Migranten erklärt, keine Absicht zur Rückkehr nach Polen zu haben.

Ohne Wirtschaftswachstum wird es nicht möglich sein, diesem Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und Auswanderung durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu entkommen. Aber auch in Polen funktioniert die Jugendgarantie nicht besonders gut. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist wichtig, insbesondere in der so genannten „Grünen Ökonomie“ von Sozial- und Umweltwirtschaft, aber die Kosten für die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Stellenangebote dürfen nicht auf die Arbeitnehmer selbst abgewälzt werden.

Im Rahmen der Diskussionen betonten die Seminarteilnehmer den Wert der Bildung für Gemeinwesen und Demokratie. Bildung, so wurde mehrfach unterstrichen, schaffe Arbeitsplätze, aber fördere auch staatsbürgerliches Denken und festige die demokratischen Fundamente unserer Gesellschaft.

Am Freitagnachmittag stattete das Seminar im Rahmen eines Ortstermins dem Zementwerk SECIL-Outão in unmittelbarer Nähe des Naturparks Serra da Arrábida einen Besuch ab und informierte sich über dessen Umsetzung des Konzeptes einer unternehmerischen Sozialverantwortung für Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Das Werk hat eine ungewöhnliche Geschichte: gegründet in der nordeuropäischen Tradition von Sozialpartnerschaft, blieb es auch nach Verstaatlichung und Reprivatisierung dem Modell eines Sozialen Dialogs treu. Vorbildliche Geschäftspraktiken, einvernehmliche Bestimmung von Löhnen und Tarifen und die Unterstützung kultur- sowie umweltpolitischer Initiativen genießen auch heute noch höchste Priorität für das Unternehmen, das eine Reihe einschlägiger Bürgerinitiativen von Bewohnern der Region unterstützt und einen eigenen Umweltrat gegründet hat.

Die europäischen Erfahrungen mit Programmen zur Förderung der Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt bildeten das Thema eines anschließenden Round-

Table-Gesprächs. Bei allen Unterschieden zwischen den Situationen unterschiedlichen Länder und Regionen in der EU, so wurde deutlich, sind die Trends in Europa weitgehend einheitlich: ein hohes Niveau der Jugendarbeitslosigkeit; Probleme bei der Integration junger Menschen in den Beschäftigungsmarkt; die Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse und Migration.

Vor dem Hintergrund dieser Lage und der demographischen Entwicklung ist die Zukunft unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft und unserer demokratischen Institutionen ernsthaften Bedrohungen ausgesetzt.

Um die einschlägigen Herausforderungen zu meistern, müssen wir die Produktivinstrumente unserer Volkswirtschaft und die beruflichen Bildungssysteme neu definieren und an den Bedürfnissen unserer Gesellschaft ausrichten.

Einigkeit herrschte darüber, dass die bislang auf Ebene der Nationalstaaten wie der EU eingeführten Programme unzureichend seien und nicht weit genug gingen.

Das Seminar trat für eine Ausweitung des Erfahrungsaustausches und örtlicher Initiativen sowie für eine intensiviertere Zusammenarbeit der teilnehmenden Organisationen ein.

Neue Räume, so die Forderung, müssten für ein aktives Engagement junger Menschen in Verbänden, Gewerkschaften und politischen Parteien geschaffen werden. Dass so viele junge Menschen sich so rege an der vorliegenden Veranstaltung beteiligt hätten, dokumentiere die Existenz einer Bereitschaft zu mehr Engagement und untermauere die Forderung nach zusätzlichen Maßnahmen zu dessen Förderung.

Im Rahmen der abschließenden Podiumsdiskussion entwickelten Rui Manuel Mendes (Vizepräsident des Ausschusses für Koordination und Regionale Entwicklung der portugiesischen Region Alentejo) und José Manuel Pureza (Universität Coimbra) eine mikro- und makroökonomische Antwort auf die Frage „Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für alle – wie können wir das schaffen?“ Es wurde betont, welchen wichtigen Beitrag staatliche und kommunale Behörden durch die Schaffung hochwertiger öffentlicher Arbeitsplätze zu einer Bindung der Bewohner an ihre Region leisten können. Der Bereich der sozialen Wirtschaft wurde ebenfalls als möglicher Schlüssel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für junge Menschen bezeichnet.

Sparmaßnahmen bedrohten europaweit den Wohlfahrtsstaat in seiner aktuellen Ausprägung, den Bereich der beruflichen Bildung und die nationale wie regionale Dynamik der Beschäftigungsmärkte. Das Ziel der Vollbeschäftigung erfordere neue gewerkschaftliche Strategien, insbesondere die Anerkennung der historischen Bedeutung flächendeckender Tarifvereinbarungen und eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeitszeit.